

GASTKOMMENTAR Sabine-Claudia Nold über die Thesen von Professor Theisen in der NZZ

# Selbstzufriedenheit als Schwachpunkte

K

Kürzlich stiess ich in der «Neuen Zürcher Zeitung» (3.6.21) auf den Gastkommentar «Was tun mit dem radikalen Islam? – Das Schweigen der Verständnissvollen und Liberalen gefährdet die Grundfesten der offenen Gesellschaft» von Heinz Theisen, Professor der Politikwissenschaften an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln sowie mit Gastdozenturen in Osteuropa, China und im Nahen Osten.

Theisen vertritt die Meinung, dass eine maximale Weltoffenheit Europas, oder pauschal des Westens, zu einer Gefahr geworden sei. Diese bedrohliche maximale Öffnung des Westens für einen radikalisierten Scharia-Islam «stellt alles infrage, was eine liberale Ordnung ausmacht: Säkularität, Ausdifferenzierung der Funktionssysteme, Rechtsstaatlichkeit, Rechte des Individuums, Beschränkung der Staatsgewalt, Meinungs- und Religionsfreiheit, Bejahung des wissenschaftlich-techni-

schens Fortschritts». Und weiter: «Diese Naivität setzt sich fort, wenn neuerdings ‚Vielfalt‘ undifferenziert und immerzu als etwas Positives gilt, so, als ob sich in ihr (eben in der Vielfalt) nicht auch Übles verbergen könnte.»

Weil im besagten Gastkommentar ausdrücklich die Christlichen Kirchen mehrfach angesprochen werden, möchte ich zwei Überlegungen aus christlicher Sicht beisteuern. Theisen sieht das Christentum «zur Disposition gestellt»; er wirft den bedrohten christlichen Kirchen vor, in den «Dialogen mit dem Islam vor allem die eigene Schuldkultur in den Mittelpunkt» zu stellen.

Es kann nicht bestritten werden, dass die Identifikation mit dem Christentum und seiner zweitausend Jahre alten Geschichte in unseren Breitengraden abgenommen hat. Das hat mehrere Gründe: die Theologie ist komplizierter, wissenschaftlicher geworden – Volksfrömmigkeit wird eher verschmäht. Andere Erklärungsmodelle sind teilweise an die Stelle der Narrative der christlichen Religion getreten. Unfähigkeit oder Borniertheit christlicher Exponenten werden öffentlich verhandelt; materiellen Fragen geben

wir Vorrang vor geistigen Themen; eine gewisse Saturiertheit unserer Gesellschaft ist unbestreitbar. Aber ist unsere christliche Identität nun durch externe Faktoren (wie eben Migration, maximale Öffnung des Westens, Unterwanderung mit fremdem Kulturgut ...) vor allem infrage gestellt, wie Theisen zum Teil behauptet? Oder sind es eher hausgemachte Voraussetzungen, die eine



«Nicht das Fremde bedroht uns, sondern unser eigenes Desinteresse.»

Erlahmung des christlichen Selbstverständnisses in unserer Gegend fördern? Vermutlich ist es beides.

Eine allfällige Bedrohung unserer christlich-abendländischen Kultur ist vermutlich nicht bloss die Folge eines kulturellen Einflusses von Aussen, es ist auch die Folge des Desinteresses und der Erlahmung von Innen.

Theisen stellt eine ausschliesslich «wohlwollende Kraft der Vielfalt» in-

frage. Natürlich ist dem zuzustimmen, sofern es sich um eine Vielfalt oder eben «Diversität um jeden Preis» handeln sollte. Eine konstruierte und «verfügte» Diversität kommt eher als Mode daher, denn als erfreuliche Andersartigkeit oder als bereichernde Ergänzung.

Die echte Vielfalt der Religionen und Kulturen gibt es dann, wenn Menschen unterschiedlichster Auffassung, unterschiedlichster Herkunft und als Anhänger unterschiedlichster Religionen miteinander in Frieden zu leben versuchen. Friedliche Koexistenz bedingt, dass alle Beteiligten in ihrer Identität gefestigt sind – das bedeutet nicht, dass sie borniert bloss ihre beschränkte Weltansicht gelten lassen. Denn nur Persönlichkeiten mit einer klaren Verankerung in ihrer Religion, ihrer Kultur und ihrer Geschichte ertragen es, wenn Andersartige in Frieden den Lebensraum mit ihnen teilen.

Michel Houellebecq, der französische Literat, fabuliert von einem Europa, das heute in vorauseilenden Unterwerfungsgesten den Weg bereite, dass dereinst ein starker Islam in

unseren Stammländern noch ein demütiges Christentum tolerieren werde. Als Gedankenspiel mag man damit arbeiten, um die Menschen aufrütteln zu wollen, wie es Houellebecq zu tun vorgibt.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Nicht andere Religionen sind die grosse Gefahr für uns hier im Zentrum Europas – wobei klar sein muss, dass Religionen und terroristische Aktivitäten, die im Gewand einer Religion daherkommen, nicht das Gleiche sind.

Eher sind es Gleichgültigkeit, Unfähigkeit und Ideologien diverser Art. Nicht das Fremde bedroht uns, sondern unser eigenes Desinteresse. Unsere Selbstzufriedenheit könnte der Schwachpunkt sein, welcher allenfalls einer geistigen Aushöhlung Vorschub leistet.

Diese Gedanken mögen – auch aus christlicher Sicht – die Thesen von Professor Theisen ergänzen, mit denen er sich in der NZZ an Hunderttausende von Leserinnen und Leser gewandt hat.

SABINE-CLAUDIA NOLD hat Theologie und Altertumswissenschaften studiert. Die Pfarrerin arbeitet auch als Journalistin und wohnt in Andeer.

## Düsteres Kapitel endet

Der Grosse Rat findet lobende Worte für den PUK-Bericht zum Baukartell. Die Interpretationen des Berichtes klaffen aber weit auseinander. Die PUK wird nun aufgelöst, ihre Empfehlungen umgesetzt.

► PATRICK KUONI

E

Einem ganzen Tag plante das Bündner Parlament für die Besprechung des zweiten Teilberichts zum Thema Baukartell ein. Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) untersuchte darin, ob und inwiefern der Kanton in die Sache verstrickt war. Das Resultat: Es gab keine systematischen Verstrickungen, aber es wurde einiges verschwiegen beim Tiefbauamt.

### Markeige Statements

Der Grosse Rat wartete mit einer breiten Auslegung auf. Allerdings benötigte man keinen ganzen Tag für die Aufarbeitung des etwa 500-seitigen-Berichts. Den Anfang machte der Ilanzer FDP-Grossrat Lorenz Alig. Er legte mit gewohnt markigen Worten seine Ansichten dar. Das Ansehen des Kantons Graubünden sei nach den Skandalen in den vergangenen Jahren stark ramponiert. Die PUK habe grundsätzlich gute Arbeit geleistet, ebenso die aktuelle Regierung, findet der Grossrat. Leider hätten gewisse Personen aus der Zeit der Preisabsprachen nicht mehr zu einer Aussage bewegt werden können. Ausserdem sei «das bewusste Wegschauen dreier Mitarbeitenden der Verwaltung beschämend und verantwortlich für die Flecken auf der weissen Weste des Baudepartements». Dass die Behörden die Meldung von Quadroni nicht ernst genommen haben, sei mehr als fahrlässig. «Eine Entschuldigung von der Regierung an Adam Quadroni wäre angebracht», meinte Alig. Grossrat Walter von Ballmoos (GLP/Davos) betonte, dass das Leben von Informant Quadroni auf den Kopf gestellt wurde, nachdem er sein Schweigen gebrochen hatte. «Es macht mich traurig, wie mit Adam Quadroni umgegangen worden ist», sagte er. Klartext sprach SP-Fraktionspräsident Lukas Horner. Er erklärte, dass man sich vor Augen führen müsse, wer

den Kanton in Misskredit gebracht habe. Dies sei die Bauwirtschaft gewesen und nicht der Kanton. Der Baumeisterverband sei teilweise ebenfalls involviert gewesen. Man habe Geld ohne Leistung eingestrichen und das Bündner Volk somit betrogen. Der Bündner Baumeisterverband habe sich öffentlich zu entschuldigen, forderte er deshalb.

Verband erteilt SP eine Absage

Zu dieser Forderung meinte Maurizio Pirola, Präsident des Graubündnerischen Baumeisterverbandes (GBV), auf Anfrage: «Der damalige Präsident des GBV hat sich anlässlich der GV im Mai 2018 bereits öffentlich entschuldigt für die Rolle des GBV im Rahmen von damaligen Vorversammlungen.» Der GBV habe ausserdem unmittelbar nach Bekanntwerden der WEKO-Ergebnisse im Sommer 2018 umfassende Massnahmen ergriffen, um die Richtlinien einzuhalten und umzusetzen. «Daher sieht der GBV keine Notwendigkeit, der Forderung der SP nachzukommen.» Der Churer FDP-Grossrat Oliver Hohl hielt fest,

dass im Baudepartement Fehler gemacht worden seien. Es gehöre zur Verbesserungskultur, dass Fehler korrigiert werden könnten. Dieser Eindruck habe man bei den Hauptbeschuldigten des Tiefbauamtes im zweiten Teilbericht gewinnen können. Er sagte weiter: «Kein Kanton hat Bauabsprachen so minutös aufgearbeitet wie Graubünden.» Die Regierung und auch das Tiefbauamt hätten seit 2012 gute Arbeit geleistet und Massnahmen getroffen, die Ereignisse aufzuarbeiten. Es habe zu keinem Zeitpunkt Geldzahlungen oder Bestechungen gegeben. «Deshalb ist der Korruptions- und Filzvorwurf nicht haltbar.»

SVP-Präsident Roman Hug meinte ebenfalls: «Hört auf, ein Bild eines verfilzten Unterengadins zu zeichnen.» Er zeigte dabei einerseits auf die SP, andererseits auf die Journalisten. Das Unterengadin sei nicht verfilzter als jede andere Region der Schweiz. Parteikollegin Valérie Favre Accola sagte, dass es bedauerlich sei, dass es zu Dienstpflichtverletzungen gekommen sei. «Aber zeigen Sie mir, in welchem Unternehmen bei einer Untersuchung eines so langen Zeitraums keine Fehler passieren.»

### Empfehlungen umsetzen

Mitte-Fraktionspräsident Martin Bettinaglio betonte, dass weder aktive noch passive Korruption bei der Verwaltung oder der Regierung festgestellt werden können. Ausserdem gebe es keinen Hinweis auf einen politischen Filz. Deshalb sei es nun wichtig, dass die Handlungsempfehlungen konsequent umgesetzt würden. Eine dieser Handlungsempfehlungen ist, die geschaffene Anlaufstelle für Informanten extern anzusiedeln. Regierungspräsident Mario Cavigelli erklärte auf eine entsprechende Nachfrage von SP-Präsident Andri Perl, dass die zuständige Meldestelle zumindest jetzt nicht bei den zuständigen Vergabestellen angesiedelt sei. Über eine komplett externe Ansiedlung berate die Regierung noch.

### LESERBRIEFE

#### Bündner Staatskasse dank FDP-Massnahmen im Lot

Die Bündner Regierung hat dem Grossen Rat die Jahresrechnung 2020 des Kantons Graubünden zur Abnahme vorgelegt. Trotz Coronakrise schliesst die Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von 82 Millionen Franken. Die FDP sieht sich bestätigt, dass ihre weitsichtige Finanzpolitik den guten Abschluss massgeblich ermöglicht. Trotz guter Zahlen mahnen die Freisinnigen aber zur Vorsicht. «Es gilt mehr denn je, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen und das Steuersubstrat durch die Sicherung der Arbeitsplätze und Stärkung des Standorts Graubünden zu sichern», sagt Grossrat Norbert Mittner (FDP, Fünf Dörfer) in der Debatte. «Wie andere Kantone hat der Kanton Graubünden stark von den Geldern der Nationalbank profitiert und die Kosten für die Pandemie sind bisher wesentlich kleiner ausgefallen als befürchtet.»

► SILVIO ZUCCOLINI, SCHARANS

#### Beerdigung mit Ansage

Hoffentlich haben all jene blauäugigen Politiker, welche in den letzten Monaten den Stimmbürgern in den Randregionen die Proporz-Wahlen als «Bündner Kompromiss» zur Rettung der Einer-Wahlkreise verkauft haben, am Montagabend das Regionaljournal gehört. Nur einen einzigen Tag hat der faule Kompromiss gehalten, schon wird uns von einem Politberater und Proporz-Spezialist namens Herrn Kuster eine Berechnung präsentiert (als ob es die nicht bereits seit Monaten gäbe), wonach die Einer-Wahlkreise mit der gegenläufigen Sitzverteilung das Ergebnis in den grossen Wahlkreisen verfälschen würden. Deshalb seien die kleinen Wahlkreise zusammenzulegen. Und genau so wird es kommen. Schon bei den nächsten Wahlen werden die Polparteien links und rechts das Ergebnis in Zweifel ziehen und eine weitere Flurbereinigung fordern. Dabei ist es auch hier eine mit Ansage: Schon im Februar hat Christoffel Brändli, der Chefstrategie der SVP, in einem Klartext im «Bündner Tagblatt» folgendes bemerkt: «Der Grosse Rat verzichtet darauf, eine Minimalgrösse für die Wahlkreise festzulegen, wie sie das Bundesgericht fordert. Rechtlich ist dies bedenklich und wird dazu führen, dass die Wahlkreise in den kommenden Jahren wieder unter Beschuss kommen.» Der Proporz ist nun eingeführt, die kleinen Wahlkreise haben weder im Grossen Rat noch in einer Volksabstimmung die Stimmkraft, ihre eigene definitive Beerdigung abzuwenden, und der Transfer der Sitze in die Zentren wird eine weitere logische Folge sein. Ich habe keine Mühe mit Veränderungen, man soll uns aber von Anfang an klaren Wein einschenken und uns nicht mit einem faulen Kompromiss über den Tisch ziehen und bloss noch als Stimmvieh betrachten.

► MARKUS STOFFEL, HINTERRHEIN



Gesprächsbedarf: Auch ausserhalb der eigentlichen Parlamentsdebatte beschäftigt die Grossrätinnen und Grossräte das Thema Baukartell. (FOTO OLIVIA AEBLI-ITEM)